



Neues Militärgelände bei Tannheim – Bevölkerung dagegen

von Alexander Kleiß (Kurzfassung einer Analyse der Informationsstelle Militarisation e.V.)

Das Verteidigungsministerium (BMVg) plant einen neuen Standortübungsplatz bei Tannheim in der Nähe von Donaueschingen. Auf diesem sollen künftig das Jägerbataillon 292 und die 3. Kompanie des Deutsch-Französischen Versorgungsbataillons trainieren. Bisher übten beide Einheiten auf dem Standortübungsplatz Donaueschingen, wo sie auch stationiert sind.

Doch nun reicht dieses Militärgelände nach Angaben des BMVg angeblich plötzlich nicht mehr für die „speziellen Ausbildungsbelange“ der Einheiten aus. Deshalb sollen bei Tannheim die 300 ha große, in Privatbesitz befindliche Fläche „Ochsenberg“ und die 100 ha große Fläche „Weißwald“, die sich in Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet, zu einem Standortübungsplatz gemacht werden bzw. dem bestehenden Standortübungsplatz zugeschlagen werden.

Insgesamt soll das Militärgelände eine Größe von 512 ha umfassen. Dort sollen dann „Übungsanlagen für die personen- und radfahrzeuggebundene Ausbildung sowie von Schießanlagen mit Manöver- und Übungsmunition“ entstehen. Im Einzelnen sind dafür Schießanlagen für Panzerfäuste und Granatpistolen sowie Anlagen für Waldkampfübungen vorgesehen.

Ein großes Problem ist dabei neben grundsätzlichen Bedenken, dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Militärareals eine Nachsorgeklinik für chronisch kranke Kinder und deren Familien befindet. Roland Wehrle, der Geschäftsführer der Nachsorgeklinik, bezeichnet die Pläne der Bundeswehr als „schieren Wahnsinn“. Die

Ruhe, für die Kinder und Eltern aus ganz Deutschland nach Tannheim kommen, würde durch einen Standortübungsplatz zerstört und es wäre mehr als fraglich, ob die Nachsorgeklinik weiter bestehen kann, falls die Bundeswehr nicht von ihrem Vorhaben abrückt.

Hinzu kommt, dass sich das Gelände des geplanten Standortübungsplatzes mitten im Naturschutzgroßprojekt „Baar“ befinden würde, das der Bevölkerung bisher gleichzeitig auch als Naherholungsgebiet dient. Der BUND stellt sich gegen die Pläne der Bundeswehr. Das gesamte Gebiet ist ein EU-Vogelschutzgebiet. Außerdem sei ein Großteil des Geländes Wasserschutzgebiet.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass ein Großteil der Menschen vor Ort gegen das geplante Militärgelände ist. Es wurde sogar eine Petition erstellt, die bereits mehr als 31.000 Personen unterschrieben haben. Auch die umliegenden Gemeinden Tannheim, Brigachtal und Wolterdingen sprachen sich mehrheitlich dagegen aus.

Eine Reaktivierung ehemaliger militärischer Einrichtungen als Gegenkonversion passiert in den letzten Jahren flächendeckend in ganz Deutschland: So wurde beispielsweise die ursprünglich aufgegebene Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim (Baden-Württemberg) wieder von der Bundeswehr erworben. Dort sind nun eine Stabs- und Führungsunterstützungskompanie des Kommando Spezialkräfte (KSK) sowie ein Panzerbataillon untergebracht.

Im Vergleich zur Reaktivierung ehemaliger Militärgelände stellt die Inbesitznahme neuer Flächen durch das Militär jedoch eine noch krassere Form der Gegenkonversion dar, die für die betroffenen Gemeinden mit noch heftigeren Einschnitten einhergehen. Die Schaffung neuer militärischer Flächen war bislang seit dem Kalten Krieg einmalig. Der einzige Fall ist Haiterbach, wo ein Absprunggelände für das KSK entstehen soll – ebenfalls gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Mit Tannheim kommt nun – nicht weit entfernt – ein zweiter Fall hinzu. Diesem Trend zur Schaffung neuer Militärrareale gilt es entschieden entgegenzutreten.

Die ursprünglich einmal als Friedenspartei angetretenen „Grünen“ spielen bei der Gegenkonversion in Baden-Württemberg eine unrühmliche Rolle. Nach Haiterbach ist das Gelände bei Tannheim bereits die zweite ursprünglich zivile Fläche, die unter dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann zum Militärgelände werden soll. Die Landesregierung unterstützt die Bundeswehr in beiden Fällen bei der Suche nach einem neuen Militärgelände – auch indem sie versucht, den Protest in den betroffenen Gemeinden durch vermeintliche Beteiligung zu ersticken.

Bei der sogenannten „Bürgerbeteiligung“ der Landesregierung handelt es sich jedoch bestenfalls um Informationsveranstaltungen. Eine Beteiligung der Bürger*innen an der Frage, ob und wenn ja wo das jeweilige Militärgelände realisiert werden soll, ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

Politik der Katastrophe: IMI-Kongress am 21. November 2020

Informationen (u.a. die Links auf Radio und Internet) finden sich hier:

<http://www.imi-online.de/uber-imi/imi-kongress2020/>

Coronabedingt findet der diesjährige Kongress der Informationsstelle Militarisation (IMI) leider nur eintägig am Samstag den 21. November 2020 ab 12h im Radio und im Internet (BigBlueButton) statt.

Der Kongress widmet sich der „Politik der Katastrophe“ und ihrer Auswirkungen auf die Militär- und Sicherheitspolitik im In- und Ausland.